

Nr. 19/698

Fragestunde

1. Wie wird die Umsetzung des Diskriminierungsverbots an der Diskotür sichergestellt?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. April 2017
 2. Waffen in den Händen von NPD-Verfassungsfeinden?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. April 2017
 3. Nationale Projekte des Städtebaus 2017
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. April 2017
 4. Urbane Gebiete auch im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. April 2017
 5. Hat Bremen eine stadtgrüne Zukunft?
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. April 2017
 6. Kein Innenentwicklungsmanager für Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. April 2017
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
7. Der Offshore-Terminal Bremerhaven als Konkurrenz für den Neustädter Hafen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 4. April 2017
- Diese Anfrage ist von dem Fragesteller zurückgezogen.
8. Stand der Gesundheitsvorsorge und der Seuchenbekämpfung im Lande Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 5. April 2017
 9. Infragestellung der Ausweisung und Feststellung der Inflationsrate
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 5. April 2017
 10. Entwicklung des Handwerks im Lande Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 5. April 2017
 11. Karrierestrategien und Laufplanplanung für promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2017

12. Antidiskriminierung in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2017

13. Reichsbürger und Führerscheine der „BRD-GmbH“

Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. April 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

14. Abschieben bis der Arzt kommt?

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. April 2017

15. Altersfeststellung bei Flüchtlingen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhkert, Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 10. April 2017

16. Sind die Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge in Bremen ausreichend genutzt worden?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2017

17. Wo sind die 36 Zivilrechtsklausuren geblieben?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. April 2017

18. Einfuhrumsatzsteuer - Wann wird Bremen endlich seine Interessen durchsetzen?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 24. April 2017

19. Gilt der Mindestlohn auch für das Praktikum im Rahmen der Zulassung zur Fachschule für Sozialpädagogik?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhkert, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 3. Mai 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/699

Überstunden bei der Polizei müssen bezahlt werden!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Mai 2017
(Drucksache [19/1045](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/700

Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm 2014 bis 2020: Was erreicht das aktuelle BAP?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 22. März 2017
(Drucksache [19/993](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Mai 2017

(Drucksache [19/1042](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/701

Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse der Bürgerschaft (Landtag) vom 26. Mai 2016 - Altersarmut stärker bekämpfen -

Mitteilung des Senats vom 4. April 2017
(Drucksache [19/1001](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/702

Die Türkei nach dem Referendum: Europäische Union muss Konsequenzen ziehen

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE und der FDP
vom 4. Mai 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1009](#) vom 4. April 2017)
(Drucksache [19/1050](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 19/703

Beziehung zur Türkei neu ordnen - Beitrittsverhandlungen aussetzen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1052](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1 und 2 des Entschließungsantrages ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 3 des Entschließungsantrages wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat dazu auf, sich gegen die Durchführung eines türkischen Referendums über die Einführung der Todesstrafe auszusprechen und eine Abstimmung darüber in Deutschland mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verhindern.

Nr. 19/704

Jugendliche gut in Ausbildung und Berufsfindung beraten - dafür braucht Bremen aussagekräftigere Statistiken bei der Bundesagentur für Arbeit

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. April 2017
(Drucksache [19/1013](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit zum systematischen Datenaustausch und besseren Verbleibsermittlung der Bürgerschaft (Landtag) zum Herbst 2017 zu berichten.
2. wenn im Rahmen der jetzigen Bemühungen kein systematischer Datenaustausch etabliert werden kann, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, die darauf zielt, dass die Bundesagentur für Arbeit in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Erfassungsänderung insbesondere in Bezug auf Jugendliche und junge Erwachsene vereinbart, damit zukünftig noch aussagekräftigere Daten über diese Personengruppe erhoben werden, die sich nach der Schulzeit auf dem Weg in Ausbildung, Studium und Berufstätigkeit befinden.

Nr. 19/705

Ausbildungsplatzlücke durch transparente Ausbildungsstatistik sichtbar machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Mai 2017
(Drucksache [19/1048](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/706

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 21. März 2017
(Drucksache [19/987](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/707

Bremisches Geld nach ethischen und ökologischen Kriterien anlegen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. April 2017
(Drucksache [19/1018](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, welche ethischen und klimafreundlichen Anleihen mit einer positiven Bewertung durch eine anerkannte Öko-Rating-Agentur es gibt, die der Anlagerichtlinie für die Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen entsprechen;

2. die Anlagestrategie der Versorgungsanstalt bei der Neuanlage von Geldern – so weit wie gesetzlich möglich – auf entsprechende Geldanlagen auszurichten;
3. dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss über das Ergebnis der Prüfung und der gegebenenfalls erfolgten Veränderung der Anlagestrategie bis zum 30. September 2017 zu berichten;
4. in den künftigen Darstellungen der Anlageübersichten für den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss das ethische oder nachhaltige Rating der einzelnen Anleihen und/oder ihrer Emittenten soweit vorhanden auszuweisen;
5. bei der Heranziehung und Auswahl der Ratings für ethische und klimafreundliche Geldanlagen und deren Emittenten sicherzustellen, dass diese die folgenden Negativkriterien für Bankanleihen berücksichtigen:
 - Förderung, Transport und Vertrieb von, sowie Energiegewinnung aus fossilen und nuklearen Energieträgern (Kohle, Erdgas, Erdöl, Uran),
 - Kinderarbeit,
 - Herstellung oder Vertrieb von Kriegswaffen,
 - Herstellung oder Vertrieb von gentechnisch veränderten Pflanzen oder Saatgut,
 - Durchführung von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika,
 - eklatante Korruptions- oder Bestechungsvorfälle,
 - Verletzung der ILO-Kernarbeitsnorm,
 - Unterstützung von Schattenfinanzplätzen und Steuervermeidung;
6. für die Zukunft – für den Fall einer veränderten Haushalts- und Gesetzeslage und Anlagestrategie – Anlage in Unternehmen (in Aktien, Anteile, Fonds etc.) auszuschließen, auf die mindestens eines der unter 5. benannten Negativkriterien zutreffen.

Nr. 19/708

Schmerzensgeldansprüche übernehmen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Juli 2016
(Drucksache [19/666](#))
1. Lesung

Der Antrag ist durch die Annahme der Drucksache 19/1020 erledigt.

Nr. 19/709

Schmerzensgeldansprüche übernehmen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 6. April 2017
(Drucksache [19/1020](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 19/710

Viertes Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 2. Mai 2017

(Drucksache [19/1038](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 19/711

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 19

vom 5. Mai 2017

(Drucksache [19/1051](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/712

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Reform der bremischen Verwaltung

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 25. April 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1021](#) vom 7. April 2017)
(Drucksache [19/1035](#))
2. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Reform der bremischen Verwaltung“
3. Den öffentlichen Dienst in Bremen zukunftsfähig, effizient und bürgerfreundlich gestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1060](#))
4. Gesetz zur Aufhebung des Mindestlohngesetzes für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 25. April 2017
(Drucksache [19/1027](#))
1. Lesung
5. Gerechtigkeitslücke schließen - Mindestlohn im Land Bremen anpassen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1057](#))
6. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016

Mitteilung des Senats vom 25. April 2017
(Drucksache [19/1030](#))

7. Konsolidierungsbericht 2016 der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 25. April 2017
(Drucksache [19/1031](#))
8. Chancen der Lang-Lkw auch für die Bremer Wirtschaft nutzen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Mai 2017
(Drucksache [19/1044](#))
9. Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Mai 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1049](#) vom 4. Mai 2017)
(Drucksache [19/1056](#))